

Bezeichnung des Antrages:

Absatz zur Digitalisierung im GSP aktualisieren

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext: Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, den Absatz **10. Digitalisierung** im Grundsatzprogramm zu aktualisieren und den vorletzten Absatz von 9.3 dafür zu streichen:

Neue Fassung:

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren immer stärkeren Einfluss auf Privatleben und Berufswelt genommen. Die politischen, sozialen, pädagogischen, psychologischen und ökologischen Folgen der Digitalisierung sind in einem fortlaufenden Prozess wissenschaftlich zu erforschen. Hierzu bedarf es breit angelegter Studien, deren Ergebnisse in den gesellschaftlichen Diskurs und in politische Entscheidungen eingebracht werden müssen.

Insbesondere in ländlichen Gebieten gibt es noch immer kein schnelles Internet und keine ausreichende Mobilfunknetzabdeckung. Vor allem auch für Bildungseinrichtungen und Gewerbegebiete müssen ausreichend Bandbreiten zur Verfügung gestellt werden. In Innenstädten, öffentlichen Einrichtungen und touristischen Zielen muss freies W-LAN verfügbar sein und grundsätzlich befürworten wir die Förderung von Freifunk im öffentlichen Raum.

Die Betreiber der Mobilfunknetze haben die staatliche Vorgabe erfüllt, 98 Prozent der deutschen Haushalte mit LTE-Standard zu versorgen. Bezogen auf die Fläche gibt es aber noch immer große Gebiete ohne Abdeckung. Eine zuverlässige mobile Internetverbindung auch in ländlichen Wohngebieten ist unabdingbar. Der weitere Ausbau des 5G-Netzes hat unter zuverlässiger Berücksichtigung seiner Auswirkungen auf Menschen, Umwelt und Tiere zu erfolgen.

Um die Digitalisierung voranzutreiben, soll es für die Bürger:innen noch einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge komplett und unkompliziert online zu erledigen. Die Möglichkeit der persönlichen Vorsprache in Behörden muss für die Bürger:innen jedoch erhalten bleiben. Die Verwaltungen untereinander müssen möglichst papierlos, aber unter höchsten Sicherheits- und Datenschutzvorkehrungen, zusammenarbeiten. Es muss zudem ein Recht auf Home Office geben, sofern tatsächliche betriebliche Gründe nicht dagegen sprechen.

Die Frage, wie sehr an Bildungseinrichtungen verstärkt digital gearbeitet werden soll, muss Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen sein. Eine zu starke Ausrichtung

der Digitalisierungsstrategie am technisch-ökonomischen Fortschritt sollte hierbei auch kritisch hinterfragt werden. In Unterricht und Lehre sollen gleichermaßen Potenziale und Risiken im Umgang mit dem Internet und mit Künstlicher Intelligenz (KI) thematisiert werden. Wir möchten Forschung und Entwicklung von KI fördern, denn KI wird zukünftig viele Probleme besser lösen können. Zugleich ist es unabdingbar, die vielfältigen Risiken im Zusammenhang mit KI rechtzeitig zu erkennen und Maßnahmen zu ihrer Abwendung auszuarbeiten.

Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0), bei den Auswirkungen der KI, bei den Bürger:innenrechten (E-Government, Transparenz, Sicherheit) zu koordinieren, ist die Schaffung eines selbstständigen Digitalministeriums sinnvoll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Netzneutralität. Diese muss erhalten bleiben, da die Interessen aller privaten und kommerziellen Nutzer:innen gleichberechtigt sind. Durch eine Aufhebung der Netzneutralität könnten größere, finanzstärkere Unternehmen gegenüber kleineren Unternehmen von den Internetanbietern bevorzugt werden.

Sicherheit ist auch im digitalen Leben wichtig. Dazu gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam verhindert und geahndet werden und hierfür die internationalen Befugnisse ausgeweitet werden. Insbesondere stellen Hasssprache, Falschmeldungen und Deep Fakes große Gefahren für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, weshalb hier Unternehmen schneller Löschungen durchführen müssen und es gesetzliche internationale Vorgaben benötigt.

Das Recht auf Vergessen und der Schutz der Privatsphäre sowie ein bestmöglicher Datenschutz sind zu gewährleisten. Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab und eine stärkere Überwachung privater Kommunikation sehen wir sehr kritisch. Grundsätzlich ist die Meinungs- und Pressefreiheit auch in der digitalen Sphäre zu gewährleisten.

Digitale Währungen und Blockchains bringen weitere Herausforderungen mit sich. Sie sind teilweise mit Kriminalität und Umweltzerstörung verknüpft und entziehen sich mitunter Prinzipien von Gerechtigkeit und Steuerehrlichkeit. Hier sind innovative Lösungen zu fördern, die ethischen Ansprüchen genügen, öffentlicher Mitbestimmung unterliegen und zugleich möglichst viele Vorteile von digitalen Techniken nutzen.

Alte Fassung:

Die Digitalisierung wird in der Zukunft eine große Rolle spielen. Für diese Zukunft bedarf es eines starken Internets und somit eines flächendeckenden Breitbandausbaus moderner Glasfasernetze. Auf dem Land muss genauso gutes und schnelles Internet zur Verfügung stehen wie in der Stadt. Zudem sollen flächendeckend das Netz der neuen Mobilfunkgeneration unter Berücksichtigung der sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen ausgebaut werden.

Daher fordern wir:

- flächendeckender Breitbandausbau moderner Glasfasernetze
- flächendeckender Ausbau der neuen Mobilfunkgenerationen nach Prüfung sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Auswirkungen
- Reduzierung der Emission elektromagnetischer Strahlung
- alle öffentlichen Einrichtungen sollen offene, sichere und kostenlose WLAN-Hotspots anbieten.

Um die Digitalisierung voran zu treiben, soll es für die Bürger einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge schneller online zu erledigen (E-Government). Daher möchten wir, dass behördliche Angelegenheiten digitaler gestaltet werden. Die Förderung von Freifunk im öffentlichen Raum befürworten wir. An Schulen soll verstärkt digital gearbeitet werden. Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0), bei den Bürgerrechten zu koordinieren, ist die Schaffung eines Digitalministeriums sinnvoll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Netzneutralität. Diese muss erhalten bleiben, da die Interessen aller privaten und kommerziellen Nutzer gleichberechtigt sind. Durch eine Aufhebung der Netzneutralität könnten größere, finanzstärkere Unternehmen gegenüber kleineren Unternehmen von den Internetanbietern bevorzugt werden. Sicherheit ist auch im digitalen Leben wichtig. Dazu gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam verhindert und geahndet werden und hierfür die internationalen Befugnisse ausgeweitet werden. Auch das Recht auf Vergessen und der Schutz der Privatsphäre sind zu gewährleisten. So soll jeder aktiv einwilligen müssen, ob seine personenbezogenen Daten genutzt werden dürfen und es soll jederzeit Auskunft über sämtliche gespeicherten Daten zu erhalten sein. Die aktuell geltenden Datenschutzgesetze begrüßen wir daher. Diese Grundsätze müssen aber auch für Finanzdaten gelten. Eine Art Vorratsdatenspeicherung personenbezogener Finanzdaten, die auch ohne richterliche Anordnung den Behörden auf Anfrage mitgeteilt werden müssen, lehnen wir ab.

Begründung des Antrags:

Der alte Absatz enthielt nicht mehr zeitgemäße Formulierungen, etwa dass die Digitalisierung in der Zukunft eine große Rolle spielt. Sie ist aber bereits jetzt von größter Bedeutung. Das Thema Datenschutz hat mittlerweile neue Schwerpunkte. Zudem kommen weitere Möglichkeiten und Risiken mit KI hinzu, die wir thematisieren müssen.



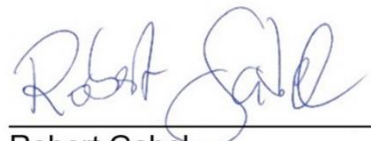
Paula López Vicente
Bundesvorsitzende

11089



Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender

11092



Robert Gabel
Bundesvorsitzender

10188